

Antrag

der Abgeordneten Sönke Rix, Daniela Kolbe (Leipzig), Petra Crone, Sebastian Edathy, Petra Ernstberger, Martin Gerster, Iris Gleicke, Christel Humme, Ute Kumpf, Steffen-Claudio Lemme, Caren Marks, Franz Müntefering, Aydan Özoğuz, Thomas Oppermann, Mechthild Rawert, Marlene Rupprecht (Tuchenbach), Rolf Schwanitz, Stefan Schwartze, Dr. h. c. Wolfgang Thierse, Wolfgang Tiefensee, Dagmar Ziegler, Dr. Frank-Walter Steinmeier und der Fraktion der SPD

Demokratieoffensive gegen Menschenfeindlichkeit – Zivilgesellschaftliche Arbeit gegen Rechtsextremismus nachhaltig unterstützen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die vor zehn Jahren von der rot-grünen Bundesregierung ins Leben gerufenen Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus und für die Stärkung der Demokratie zeigen Erfolge. Vielerorts wurde der Aufbau demokratischer zivilgesellschaftlicher Strukturen vorangetrieben. Die Programme CIVITAS, entimon und „VIELFALT TUT GUT“ haben innovative Modellprojekte hervorgebracht. „VIELFALT TUT GUT“ hat zudem deutschlandweit 90 Lokale Aktionspläne gefördert, die der Vernetzung lokaler Akteure mit kommunalen Verwaltungen dienen. Die durch das Programm „kompetent. für Demokratie“ geförderten Opferberatungen und Mobilen Beratungsteams leisten eine unschätzbare wichtige Arbeit und werden immer professioneller.

Dennoch leiden viele Träger unter der Kurzfristigkeit und Prekarität ihrer Finanzierung. Gelingene Modellprojekte können deshalb oft nicht langfristig etabliert werden, Organisationswissen geht verloren, qualifiziertes Personal wandert ab.

Trotz der erfolgreichen Bundesprogramme hat Deutschland weiterhin große Probleme mit organisiertem Rechtsextremismus; darum besteht kein Anlass zur Entwarnung. Neonazis und andere Rechtsextreme gehen weiter mit Straftaten und Gewalt gegen Andersdenkende und die Verfassungsordnung vor. Für die Menschen stellen sie vielerorts immer noch eine physische Bedrohung für Leib und Leben dar. Opferverbänden zufolge sind seit 1990 fast 150 Menschen durch rechte Gewalt zu Tode gekommen. Allein im letzten Jahr sind erneut fast 20 000 politisch rechts motivierte Straftaten verübt worden.

Hinzu kommt auch, dass rechtsextreme Einstellungsmuster in der Bevölkerung anhaltend hoch sind und sämtliche Bevölkerungsgruppen umfassen. Zustimmungsraten von bis zu einem Drittel zu diktaturbejahenden, chauvinistischen, ausländerfeindlichen, antisemitischen und sozialdarwinistischen Aussagen belegen, dass rechtsextreme Einstellungsmuster keine Randphänomene sind, sondern der Mitte der Gesellschaft entspringen.

Latente rechtsextreme Einstellungen stellen ein potentiell Risiko für unsere Demokratie und das friedliche Zusammenleben in unserem Land dar.

Unter den Wählerinnen und Wählern demokratischer Parteien nehmen die Politikverdrossenheit und Demokratieabstinenz zu. Über 90 Prozent der Menschen in unserem Land sind jüngsten Erhebungen zufolge der Ansicht, dass sie keinen Einfluss auf das Handeln der Regierung haben und dass politisches Engagement keinen Sinn macht. Diese Entfremdung von demokratischer Politik bereitet den Nährboden für rechtsextreme Wahlerfolge.

Auch in den jüngeren Debatten um Migration und Integration wurden islamfeindliche und rassistische Haltungen teilweise „salonfähig“ gemacht.

Positiv ist festzustellen, dass die demokratische Zivilgesellschaft an vielen Stellen – auch dank der erfolgreichen Unterstützung des Aufbaus lokaler Strukturen – gestärkt worden ist. Bürgerinnen und Bürger verteidigen die Demokratie gegen Neonazis: im persönlichen Gespräch, in den Bildungseinrichtungen, am Arbeitsplatz, in den Kommunalparlamenten und nicht zuletzt auch zunehmend bei Demonstrationen und Blockaden gegen Naziaufmärsche.

Die Rechtsextremen sind gerade da stark, wo die Zivilgesellschaft schwach ist. Dies ist in einigen Regionen der Bundesrepublik Deutschland noch immer der Fall. Ein Wegfall der Förderung oder eine anhaltende prekäre Finanzierung hat dort besonders verheerende Folgen. Der Erhalt und die Stärkung der bestehenden Trägerlandschaft sind in diesen Gebieten besonders wichtig. Denn die Stärkung der Demokratie und der Demokratinnen und Demokraten ist der beste Verfassungsschutz. Politische Aktivitäten gegen Menschenfeindlichkeit und Angebote, die positive Erfahrungen mit der Demokratie vermitteln, graben den Rechtsextremisten den Nachwuchs ab.

Rechtsextremismus ist ein konkretes politisch-weltanschauliches Phänomen. Rechtsextreme sprechen ihren Opfern die Menschenrechte ab. Rechtsextreme Handlungen, Straftaten und Gewalt entspringen einer konkreten Ideologie der Ungleichwertigkeit und gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Der Rechtsextremismus ist deshalb zu Recht Gegenstand der Bundesprogramme. Eine Vermischung oder Gleichsetzung mit dem Linksextremismus oder Islamismus verharmlost den Rechtsextremismus, verschleiert seine Analyse und behindert seine Bekämpfung.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. dauerhafte Strukturen zu schaffen, die sich nicht nur auf die Bekämpfung von Rechtsextremismus beschränken, sondern vielmehr die Werte der Demokratie vermitteln. Eine institutionelle Förderung der Arbeit für Demokratieentwicklung und gegen Rechtsextremismus muss ermöglicht werden, um demokratische Alltagskulturen und Konfliktlösungskompetenzen in Zivilgesellschaft, Wirtschaft und staatlichen Institutionen zu stärken. Dazu soll ein Stiftungsmodell zur Bekämpfung von Rechtsextremismus auf Bundesebene eingerichtet werden;
2. den Schwerpunkt der Programme auf die Auseinandersetzung mit der extremen Rechten und die stärkere Vermittlung von Demokratie als Lebens-, Staats- und Gesellschaftsform zu legen;
3. die für das Haushaltsjahr 2011 geplante Vermischung der bestehenden Programme gegen Rechtsextremismus mit anderen Programmen zur Extremismusabwehr und die Zusammenlegung der Haushaltstitel gegen Rechtsextremismus mit dem Haushaltstitel gegen Linksextremismus und Islamismus umgehend rückgängig zu machen;

4. die für die Bundeszentrale für politische Bildung geplante Kürzung für das Haushaltsjahr 2011 umgehend rückgängig zu machen und stattdessen ihre Förderung zu erhöhen;
5. die Förderung der Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus und für Demokratie auf ein sog. Drei-Töpfe-Modell umzustellen, das folgende Elemente enthält:
 - a) einen Innovationstopf zur Förderung von Modellprojekten für innovative Ideen,
 - b) einen Strukturtopf zur langfristigen Förderung etablierter Projekte auch für überregionale Träger und
 - c) einen Initiativtopf für die kurzfristige und unbürokratische Beantragung kleinerer Summen;
6. eine eigenständige, von der Zustimmung der kommunalen Verwaltung unabhängige Beantragung von Mitteln durch zivilgesellschaftliche Akteure im Rahmen der Neugestaltung der Projektförderung zu ermöglichen;
7. die Mittel für gut arbeitende Strukturprojekte wie Mobile Beratungsteams und Opferberatungsstellen um 3 Mio. Euro zu erhöhen und bundesweit spezialisierte Beratungsstellen für die Opfer rechter Gewalt auszubauen;
8. die Strukturen für eine gelebte Demokratie zu stärken und das bürgerschaftliche Engagement in diesem Bereich zu fördern und zu unterstützen;
9. darauf hinzuwirken, dass Kindertageseinrichtungen und Schulen zu Orten der gelebten Demokratie werden. Sie sind als erste demokratische Sozialisationsinstanz das Fundament für die spätere Entwicklung von Kindern und Jugendlichen;
10. die Zivilgesellschaft an der Erarbeitung von nachhaltigen Strukturen für Demokratie und gegen Rechtsextremismus zu beteiligen und den Engagierten, die sich bürgerschaftlich für eine Stärkung der Demokratie einsetzen, mehr öffentliche Anerkennung zu zollen;
11. einen Nationalen Aktionsplan gegen Rassismus weiterzuentwickeln und mit wirksamen und nachprüfbaren Maßnahmen gegen jede Art von Rassismus auszustatten;
12. eine kontinuierliche und objektive Begleitforschung und Evaluation der Projekte und Initiativen gegen Rechtsextremismus sicherzustellen und dem Deutschen Bundestag über die Ergebnisse zu berichten;
13. sich für einen bundesweiten Transfer der bisher entwickelten Qualitätsstandards der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Gewalt einzusetzen. Dazu ist die Förderung einer bundesweiten zivilgesellschaftlichen Koordination nötig, die den Austausch und die Weiterentwicklung von Qualitätsstandards zu sichern hilft.

Berlin, den 23. November 2010

Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion

